

Satzung der Gemeinde Rangsdorf über Aufwandsentschädigungen für Mitglieder der Gemeindevertretung, des Ortsbeirates, für die Ortsvorsteher und Beauftragte in der Gemeinde Rangsdorf (Entschädigungssatzung – EntschS)

Auf Grundlage der §§ 3 und 28 Abs. 2 Nr. 9 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 2007 (GVBl.I/07, [Nr. 19], S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Änderung stiftungsrechtlicher und weiterer Vorschriften vom 30. Juni 2022 (GVBl.I/19, [Nr. 38]) und der Verordnung über die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse, für sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner sowie über den Ersatz des Verdienstausfalls (Kommunalaufwandsentschädigungsverordnung - KomAEV) vom 31. Mai 2019 (GVBl.II/19, [Nr. 40]), geändert durch Verordnung vom 8. Juli 2019 (GVBl.II/19, [Nr. 47]), hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Rangsdorf in ihrer Sitzung am 06.07.2023 die folgende Satzung der Gemeinde Rangsdorf über Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige in der Gemeinde Rangsdorf (Aufwandsentschädigungssatzung – EntschS) beschlossen:

Erster Abschnitt Allgemeines

§ 1 Anwendungsbereich

- (1) Soweit in dieser Satzung Funktionen mit einem geschlechtsspezifischen Begriff beschrieben werden, gilt die jeweilige Bestimmung für alle Geschlechter gleichermaßen.
- (2) Diese Satzung gilt für die ehrenamtlichen Mitglieder der Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse, des Ortsbeirates Groß Machnow, die Ortsvorsteher in den Ortsteilen Groß Machnow und Klein Kienitz sowie für die mit einer ehrenamtlichen Tätigkeit durch die Gemeinde beauftragten Einwohner.

Zweiter Abschnitt Gemeindevertreter und sachkundige Einwohner in den Ausschüssen

§ 2 Aufwandsentschädigung für Gemeindevertreter

Die Gemeindevertreter erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 110,00 €.

§ 3

Zusätzliche Aufwandsentschädigung

- (1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erhält eine zusätzliche monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 450,00 €.
- (2) Der Vorsitzende des Hauptausschusses erhält eine zusätzliche monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 360,00 €.
- (3) Neben der Regelung in § 2 erhalten die Vorsitzenden, der in der Gemeindevertretung vertretenen Fraktionen, eine zusätzliche monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 110,00 €. Sofern zwei gleichrangige Fraktionsvorsitzende benannt sind, erhalten diese jeweils den halben Satz.
- (4) Die Stellvertreter der in Absatz 1 bis 3 genannten Vorsitzenden erhalten für die Dauer der Wahrnehmung dieser Funktion einen Betrag in Höhe von 50 % der Aufwandsentschädigung des jeweiligen Vorsitzenden. Dieses gilt nicht für die Vertretung des Vorsitzenden bei der Sitzungsleitung. Ist die Funktion des Vorsitzenden nicht besetzt und wird sie von einem Stellvertreter in vollem Umfang wahrgenommen, so erhält dieser für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben 100 % der Aufwandsentschädigung des jeweiligen Vorsitzenden.

§ 4

Sitzungsgeld für Gemeindevertreter

- (1) Die Gemeindevertreter erhalten für jede Sitzung der Gemeindevertretung, des Hauptausschusses und der beratenden Ausschüsse, wenn sie diesen angehören und an der Sitzung teilgenommen haben, ein Sitzungsgeld in Höhe von 30,00 €.
- (2) Daneben wird Gemeindevertretern, die einer Fraktion angehören, für die Teilnahme an Sitzungen der Fraktion, die der Vorbereitung einer Sitzung der Gemeindevertretung, des Hauptausschusses oder eines Ausschusses dienen, ein zusätzliches Sitzungsgeld in Höhe von 30,00 € gewährt.
- (3) Vorsitzende von Ausschüssen erhalten für jede von ihnen geleitete Sitzung ein zusätzliches Sitzungsgeld in Höhe von 60,00 €, soweit sie für diesen Ausschuss keine Aufwandsentschädigung für die Funktion des Vorsitzenden nach § 3 Abs. 1 oder 2 erhalten.
- (4) Leiten die Stellvertreter der Ausschussvorsitzenden die komplette Sitzung, erhalten diese das zusätzliche Sitzungsgeld in Höhe von 60,00 €.

§ 5

Sitzungsgeld für sachkundige Einwohner

Sachkundige Einwohner, die einem Ausschuss angehören, erhalten für die Teilnahme an jeder Sitzung dieses Ausschusses und an jeweils einer vorbereitenden Fraktionssitzung ein Sitzungsgeld in Höhe von 30,00 €.

Dritter Abschnitt

Mitglieder des Ortsbeirates, Ortsvorsteher

§ 6

Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Ortsbeirates und Ortsvorsteher

- (1) Die Mitglieder des Ortsbeirates, die nicht zugleich Ortsvorsteher sind, erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 40,00 €.
- (2) Der Ortsvorsteher des Ortsteiles Groß Machnow erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 450,00 €. § 3 Abs. 2 gilt entsprechend.
- (3) Der Ortsvorsteher des Ortsteiles Klein Kienitz erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 220,00 €.

§ 7

Sitzungsgeld für die Mitglieder des Ortsbeirates und Ortsvorsteher

- (1) Die Mitglieder des Ortsbeirates erhalten für jede Sitzung, an der sie teilgenommen haben, ein Sitzungsgeld in Höhe von 30,00 €.
- (2) Leitet der Stellvertreter des Ortsvorstehers des Ortsteils Groß Machnow die Sitzung des Ortsbeirates Groß Machnow, erhält dieser ein zusätzliches Sitzungsgeld in Höhe von 60,00 €.
- (3) Die Ortsvorsteher, die nicht zugleich Mitglieder der Gemeindevertretung Rangsdorf oder ihrer Ausschüsse sind, erhalten für die Teilnahme an einer Sitzung der Gemeindevertretung oder ihrer Ausschüsse, wenn dies im Rahmen ihrer Zuständigkeit geschieht, ein zusätzliches Sitzungsgeld in Höhe von 30,00 €.

Vierter Abschnitt

Beauftragte und Beiräte

§ 8

Behindertenbeauftragter

- (1) Der Behindertenbeauftragte erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 65,00 €.
- (2) Der Behindertenbeauftragte erhält für die Teilnahme an Sitzungen der Gemeindevertretung oder ihrer Ausschüsse, an den Sitzungen des Ortsbeirates Groß Machnow, des Seniorenbeirates und des Jugendparlamentes kein Sitzungsgeld.

§ 9

Seniorenbeirat/Kinder- und Jugendbeirat (Jugendparlament)

- (1) Die Mitglieder des Seniorenbeirates und des Jugendparlamentes erhalten für die Teilnahme an der Sitzung des Gremiums, in welchem sie Mitgliedsrechte wahrnehmen, ein Sitzungsgeld in Höhe von 30,00 €.

- (2) Die Vorsitzenden des Seniorenbeirates und des Jugendparlamentes erhalten für jede von ihnen geleitete Sitzung ein zusätzliches Sitzungsgeld in Höhe von 60,00 €.
- (3) Die Mitglieder des Seniorenbeirates und des Jugendparlamentes erhalten neben dem Sitzungsgeld keine zusätzliche Aufwandsentschädigung.

Fünfter Abschnitt Aufwandsentschädigung für Ausstattung

§ 10 Anschaffung von Informationstechnik

- (1) Die unter den Geltungsbereich dieser Satzung fallenden Personen erhalten für die technische Ausstattung einmalig in der Wahlperiode der Gemeindevertretung eine zusätzliche Aufwandsentschädigung für die Anschaffung eines Tablets, Notebooks oder eines vergleichbaren Endgerätes.
- (2) Die Aufwandsentschädigung nach Absatz 1 wird gewährt, sofern der Empfänger innerhalb des ersten halben Jahres nach der Übernahme des Mandates bzw. der Funktion schriftlich auf den schriftlichen Versand von Einladungen und Sitzungsunterlagen verzichtet.
- (3) Die Höhe der Aufwandsentschädigung für die Anschaffung eines Endgerätes beträgt für:
 - die Mitglieder der Gemeindevertretung: 500,00 €
 - die Ortsvorsteher: 500,00 €
 - den Behindertenbeauftragten: 200,00 €
 - die sachkundigen Einwohner: 200,00 €
 - die Mitglieder des Ortsbeirates Groß Machnow: 200,00 €
 - die Mitglieder des Seniorenbeirates: 150,00 €
 - die Mitglieder des Jugendparlamentes: 150,00 €
- (4) Die Aufwandsentschädigung für die Anschaffung eines Endgerätes wird bei mehreren Mitgliedschaften bzw. Funktionen einer Person nun einmalig mit dem höchsten möglichen Betrag ausgezahlt.

Sechster Abschnitt Gemeinsame Regelungen

§ 11 Verdienstaufschlag/Kinderbetreuungskosten

- (1) Verdienstaufschlag wird nur auf Antrag und nur gegen Nachweis erstattet; Selbstständige und freiberuflich Tätige müssen den Verdienstaufschlag glaubhaft machen.
- (2) Für die Betreuung von Kindern bis zum vollendeten 10. Lebensjahr und für die Dauer der mandatsbedingten Abwesenheit wird eine Entschädigung gegen Nachweis gewährt, wenn die Übernahme der Betreuung durch einen Personensorgeberechtigten während dieser Zeit nicht möglich ist. Die Entschädigung beträgt im Höchstfall 9,00 € je vollendete Stunde.

- (3) Der Verdienstausschlag an Sitzungstagen wird entsprechend dem gesamten Ausfall der Arbeitszeit erstattet, wenn nachgewiesen wird, dass die Erwerbstätigkeit üblicherweise zu dieser Zeit verrichtet wird.
- (4) Die Entschädigung für den Verdienstausschlag wird für höchstens 35 Stunden im Monat gewährt. Sie beträgt höchstens 35,00 € je vollendete Stunde.
- (5) Anspruch auf Verdienstausschlagentschädigung besteht nicht nach Erreichen der Regelaltersgrenze für eine Rente oder Pensionierung, wenn keine auf Erwerb ausgerichtete Tätigkeit mehr ausgeübt wird.
- (6) Personensorgeberechtigte mit Kindern, die das 12 Lebensjahr noch nicht vollendet haben, werden auf Nachweis die Kosten der Kindertagesbetreuung erstattet bis zu der Höhe, die eine Betreuung durch Erzieher der Gemeinde für diese Zeit verursachen würde. Alternativ kann im gegenseitigen Einvernehmen eine Betreuung durch Personal der Gemeinde in der Wohnung der Personensorgeberechtigten erfolgen. Als Zeit der Betreuung gilt die Zeit der Sitzung der Gemeindevertretung oder des Ausschusses, dem der/die Personensorgeberechtigte angehört zuzüglich jeweils 30 Minuten vor und nach der Sitzung.

§ 12 Reisekosten

- (1) Dienstreisen werden durch die Gemeindevertretung angeordnet oder genehmigt.
- (2) Fahrten zu Sitzungen der Gemeindevertretung oder ihrer Ausschüsse, oder zum Ortsbeirat sind keine Dienstreisen im Sinne des Absatzes 1.
- (3) Für Dienstreisen wird eine Reisekostenvergütung nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes (BRKG) gewährt. Bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel sind die für den Bürgermeister geltenden Regelungen maßgebend.
- (4) Bei der Berechnung der Fahrtkosten für Dienstreisen wird § 5 Abs. 2 des Bundesreisekostengesetzes angewandt.
- (5) Neben einem Sitzungsgeld wird ein Tagegeld nach reisekostenrechtlichen Bestimmungen nicht gewährt.

§ 13 Zahlungsbestimmungen

- (1) Die Aufwandsentschädigungen werden monatlich zum Ende des Monats gezahlt.
- (2) Das Sitzungsgeld wird vierteljährlich nachträglich, zum Beginn des 1. Monats des folgenden Quartals, gezahlt.
- (3) Wird ein Mandat länger als drei Monate nicht ausgeübt, so wird die Zahlung der Aufwandsentschädigung ab dem 4. Kalendermonat eingestellt. Eine Nichtausübung des Mandates wird vermutet, wenn ein Mitglied der Gemeindevertretung nachweislich in diesem Zeitraum der Pflicht zur Teilnahme an Sitzungen der Gemeindevertretung, ihrer Ausschüsse nicht nachgekommen ist.

Siebter Abschnitt Schlussbestimmungen

§ 14 Inkrafttreten/Außerkräftreten

- (1) Diese Satzung tritt zum 01.08.2023 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig treten die Satzung der Gemeinde Rangsdorf über Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige in der Gemeinde Rangsdorf (Entschädigungssatzung – EntschS) vom 26.07.2019 und die Erste Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Rangsdorf über Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige in der Gemeinde Rangsdorf (Entschädigungssatzung – EntschS) vom 26.09.2019 außer Kraft.

Rangsdorf, den 10.07.2023

gez.
Klaus Rocher
Bürgermeister

Siegel